

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Stefan Liebich, Heike Hänsel, Michel Brandt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

– Drucksache 19/833 –

Weitere Aufrüstung der Arabischen Halbinsel stoppen

A. Problem

Die Antragsteller wenden sich gegen den Export von Kriegswaffen und sonstiger Rüstungsgüter aus Deutschland an die Länder der Arabischen Halbinsel. Diese Länder seien direkt oder indirekt am Krieg im Jemen beteiligt. Die Aufrüstung der an der saudisch geführten Luftkriegskoalition im Jemen beteiligten Staaten verhindere eine friedliche Lösung des Konflikts, der weitreichende humanitäre Folgen für die lokale Bevölkerung im Jemen habe. Die Antragsteller sind der Auffassung, dass weitere Genehmigungen nicht erteilt und die bereits erteilten widerrufen werden sollten. Sie fordern die Bundesregierung auf, die humanitäre Hilfe im Jemen massiv aufzustocken und sich für die Aufhebung der Blockade der jemenitischen Häfen einzusetzen. Die Beendigung der Waffenlieferungen an die beteiligten Staaten sei ein erster Schritt, um Fluchtursachen zu bekämpfen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/833 abzulehnen.

Berlin, den 18. April 2018

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Thomas Erndl
Berichterstatter

Dr. Nils Schmid
Berichterstatter

Armin-Paulus Hampel
Berichterstatter

Bijan Djir-Sarai
Berichterstatter

Stefan Liebich
Berichterstatter

Omid Nouripour
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Thomas Erndl, Dr. Nils Schmid, Armin-Paulus Hampel, Bijan Djir-Sarai, Stefan Liebich und Omid Nouripour

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/833** in seiner 15. Sitzung am 23. Februar 2018 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Ausschuss für Wirtschaft und Energie, dem Verteidigungsausschuss und dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller wenden sich gegen den Export von Kriegswaffen und sonstiger Rüstungsgüter aus Deutschland an die Länder der Arabischen Halbinsel. Diese Länder seien direkt oder indirekt am Krieg im Jemen beteiligt. Die Aufrüstung der an der saudisch geführten Luftkriegskoalition im Jemen beteiligten Staaten verhindere eine friedliche Lösung des Konflikts, der weitreichende humanitäre Folgen für die lokale Bevölkerung im Jemen habe. Die Antragsteller sind der Auffassung, dass weitere Genehmigungen nicht erteilt und die bereits erteilten widerrufen werden sollten. Sie fordern die Bundesregierung auf, die humanitäre Hilfe im Jemen massiv aufzustocken und sich für die Aufhebung der Blockade der jemenitischen Häfen einzusetzen. Die Beendigung der Waffenlieferungen an die beteiligten Staaten sei ein erster Schritt, um Fluchtursachen zu bekämpfen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat den Antrag auf Drucksache 19/833 in seiner 7. Sitzung am 18. April 2018 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/833 in seiner 6. Sitzung am 18. April 2018 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 19/833 in seiner 4. Sitzung am 14. März 2018 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen der AfD und FDP die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/833 in seiner 7. Sitzung am 18. April 2018 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Berlin, den 18. April 2018

Thomas Erndl
Berichtersteller

Dr. Nils Schmid
Berichtersteller

Armin-Paulus Hampel
Berichtersteller

Bijan Djir-Sarai
Berichtersteller

Stefan Liebich
Berichtersteller

Omid Nouripour
Berichtersteller

